

Welches Europa wollen wir? Solidarität in der Politik

Die 19. Hannah-Arendt-Tage 2016

Herausgegeben von
Detlef Horster und Franziska Martinsen

124 Seiten · broschiert · € 12,90
ISBN 978-3-95832-142-7

© Velbrück Wissenschaft 2017

DETLEF HORSTER UND FRANZISKA MARTINSEN

Vorwort

Wie brisant das Leitthema der 19. Hannah Arendt Tage, »Solidarische Politik in Europa«, im Verlauf des Jahres 2016 würde, war nicht abzusehen, als die Vorbereitungen für die Veranstaltungsreihe begannen. Gleichwohl hatte die Idee einer europäischen Solidargemeinschaft vor dem Hintergrund der hauptsächlich von der Bundesrepublik Deutschland zu verantwortenden Austeritätspolitik gegenüber den südlichen EU-Staaten, insbesondere gegenüber Griechenland, bereits lange vor der tatsächlichen Entscheidung in Großbritannien über den sogenannten Brexit im Juni desselben Jahres nachhaltige Kratzer erhalten. *Marianne Kneuer* stellt daher in ihrem Eröffnungsvortrag der Hannah-Arendt-Tage 2016 treffend fest, dass die Europäische Union in einer Solidaritätskrise steckt, womit einer der tragenden Pfeiler ihres politischen Gebildes erschüttert werde. In ihrem Beitrag »Im Kern solidarisch – Politik auf dem Prüfstand« verweist Kneuer darauf, dass die Idee der Solidarität zu den wesentlichen Narrativen im Kontext

der Gründung der Europäischen Gemeinschaft gehört und dass sie seit dem Maastricht-Vertrag, also seit den frühen 1990er Jahren, fester Bestandteil der Folge-Verträge geworden ist. Weil Solidarität hier jedoch vor allem deklaratorischer Natur ist, sei es umso wichtiger, einen politischen Begriff der Solidarität zu profilieren. Hierfür biete sich eine Schlüsseltextstelle in Hannah Arendts Werk *Über die Revolution* (vgl. Arendt 1963) an.¹ Im Anschluss an Arendt plädiert Kneuer für eine nüchterne, nicht von Mitleid verzerrte Konzeption von Solidarität, durch die ein freiheitlicher Raum für politische Ausgestaltungen in einer »dauerhafte[n] Interessengemeinschaft mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten« (Arendt 1963: 112) ermöglicht werde.

Auch *Hans-Jürgen Urbans* Beitrag, der sich den Solidaritätsbedarfen innerhalb der durch konfligierende ökonomische Interessenslagen verschärften (globalen) Arbeitswelt zuwendet, greift auf zentrale Motive des arendtschen Denkens zurück, wenn es um Antworten auf die großen Herausforderungen, vor denen Gewerkschaften in Deutschland und in Europa stehen, geht. Urbans Artikel heißt »Arbeit im Spannungsfeld von Digitalisierung und Prekarisierung, oder: was Hannah Arendt uns zur Solidarität 4.0 zu sagen hat« – und nach Überzeugung des Autors habe Arendt vor allem dazu etwas zu sagen, wie machtpolitische Leerstellen, zum Beispiel in der Digitalisierungsdebatte, zu füllen seien. Arendt gebe uns Hinweise auf eine bestimmte Form der Solidarität, nämlich der kommunikativen Solidarität. Im Zeitalter des Internets könnten wir mithilfe unserer kommunikativen Fähigkeiten gerade die humanisierungspolitischen Absichten stärken und durch kollektive Interaktionen die Logik der kapitalistischen Rationalisierung durchbrechen.

In diesem Punkt stimmt *Friedhelm Hengsbach*, der ganz ähnliche Anleihen bei Arendt nimmt und diese explizit auf die Sphäre der EU überträgt, überein. In seinem Beitrag »Nur eine Wirtschafts- und Währungsunion? – Für ein solidarisches Europa« lässt sich der Autor von Arendts Idee kommunikativen Handelns inspirieren, für die der »Gesichtspunkt des anderen« wesentlich ist. Aus einer sozialetischen Perspektive kann Hengsbach der derzeitigen Finanzpolitik der EU kein gutes Zeugnis ausstellen. Umso dringlicher erscheint es ihm, Vorschläge zu unterbreiten, wie das Schwinden der Solidarität innerhalb der EU aufgehalten werden kann und wie sie wiederzubeleben sei. Das Fernziel verortet er in einem post-kapitalistischen, demokratischen Europa, das nicht mehr auf Binnenmarkt, Währungsunion und militärische Selbstbehauptung fixiert ist.

Für *Cesy Leonard* greifen ethisch begründete Empfehlungen zu kurz. Kritik am politischen und gesellschaftlichen Status quo sei zwar richtig und

wichtig. Sie selbst setzt im Rahmen der künstlerischen Aktionen des »Zentrums für Politische Schönheit« dagegen auf die direkte Provokation, wie sie im Interview ausführt. In einer Performance Lecture hatte sie dem Publikum der Hannah-Arendt-Tage eine Reihe an Aktionen des sogenannten aggressiven Humanismus des Künstlerkollektivs vorgeführt. Im Gespräch über die Frage »Wollen wir ein Europa, das einen Zaun benötigt?« macht sie deutlich, dass ein Europa, das tatsächlich aus den Fehlern des 20. Jahrhunderts zu lernen bereit sei, eine Pflicht zur Solidarität habe und deshalb keinen einzigen Menschen an seinen Außengrenzen sterben lassen dürfe.

Günther H. Oettinger wiederum zeigt sich in seinem Vortrag »Quo vadis, Europa?« überzeugt davon, dass das langfristige Projekt der Friedenssicherung durchaus als Erfolgsgeschichte zu lesen sei – zumindest im Vergleich zu den politischen und sozialen Verhältnissen vor 1945 auf dem europäischen Kontinent. Mehr als 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg erweise sich das Europa der Europäischen Union als eine Friedensunion. Auf Frieden gebe es zwar keine Garantie, dennoch sei es als Fortschritt anzusehen, dass allzu enge nationale Bezüge zugunsten einer europäischen Identität aufgelockert würden.

Die Gegenthese dazu vertritt schließlich *Ulrike Guérot*, die in ihrem Vortrag »Von der EU nach Europa. Warum Europa eine Republik werden muss« ein flammendes Plädoyer für ein Europa der Regionen statt der Nationalstaaten hält. Mit Verve und einer erfrischend mutigen Portion Utopie versetzt sie die Leserinnen und Leser ins Jahr 2045. Im Jahr des 100. Friedensjubiläums wäre in Guérots Phantasie die Institution des Nationalstaats überwunden. Stattdessen kooperieren europäische Städte in verschiedenen Politikfeldern. Das originär politische Projekt eines Europas von morgen – im Unterschied zu einem bloß verwaltenden Gebilde der EU von heute – müsse auf dem republikanischen Grundsatz der Gleichheit aller Europäerinnen und Europäer, jenseits von nationalstaatlicher Zugehörigkeit, beruhen. In diesem Sinne erinnert Guérot an die historischen Kämpfe der Suffragetten in europäischen Staaten, der diskriminierten Schwarzen in den USA – Gleichheit könne nur eingelöst werden, wenn es eine echte Wahlrechtsgleichheit und gleichen Zugang zu sozialen Rechten für alle gibt.

Welches Europa Hannah Arendt gewollt hätte, lässt sich vom heutigen Standpunkt aus nur mutmaßen. Die hier versammelten Beiträge laden zur Diskussion in ihrem Geiste ein. Die Idee einer europäischen Republik hätte eventuell am ehesten eine Chance, der Politiktheoretikerin zu gefallen.

Literatur

Arendt, Hannah (1960): *Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten. Rede über Lessing*, München: Piper.

Arendt, Hannah (1963): *Über die Revolution*, München: Piper.

¹ Darüber hinaus bezieht sich Kneuer auf eine Rede Hannah Arendts anlässlich der Verleihung des Lessing-Preises der Hansestadt Hamburg an sie. Vgl. Hannah Arendt, *Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten. Rede über Lessing*, München: Piper 1960.